



## **Die STADT ARNSBERG informiert**

Der Rat beschließt die Neufassung der „Richtlinien der Stadt Arnberg zum Bereich Hilfen zur Erziehung“ wie in der Anlage 1 „Neue Fassung“ dargestellt.  
Die Richtlinien treten zum 01.04.2018 in Kraft.

Gleichzeitig treten die Richtlinien in der Fassung vom 01.06.2006 außer Kraft.

## Änderung der Richtlinien der Stadt Arnsberg zum Bereich Hilfen zur Erziehung

<b>Bisherige Fassung</b>	<b>Neue Fassung</b>
<p>Die Grundleistungen der Wirtschaftlichen Jugendhilfe im Bereich der Hilfe zur Erziehung sind gesetzlich im SGB VIII geregelt. So werden in Vollzeitpflegeverhältnissen nach § 33 SGB VIII monatliche Pauschalbeträge gezahlt, die für NRW das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration jährlich auf der Grundlage des § 39 SGB VIII festlegt. Für stationäre Maßnahmen bzw. Hilfe zur Erziehung in sonstigen betreuten Wohnformen sowie für ambulante Hilfen sind nach den Regelung der §§ 78a- 78f SGB III Entgeltvereinbarungen mit den Hilfeanbietern zu treffen.</p> <p>Darüber hinaus können gem. § 39 SGB VIII im pflichtgemäßen Ermessen des öffentlichen Jugendhilfeträgers Beihilfen oder Zuschüsse erbracht werden, die für die Stadt Arnsberg in den nachfolgenden Richtlinien verbindlich geregelt sind.</p> <p>Die Heranziehung der Kostenbeitragspflichtigen erfolgt gem. § 90 - 94 SGB VIII in Verbindung mit der dazu erlassenen Kostenbeitragsverordnung des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend vom 1. Oktober 2005.</p>	<p>Die Grundleistungen der Wirtschaftlichen Jugendhilfe im Bereich der Hilfe zur Erziehung sind gesetzlich im SGB VIII geregelt. So werden in Vollzeitpflegeverhältnissen nach § 33 SGB VIII monatliche Pauschalbeträge gezahlt, die für NRW das Ministerium für <b>Kinder, Familie, Flüchtlinge</b> und Integration jährlich auf der Grundlage des § 39 SGB VIII festlegt. Für stationäre Maßnahmen bzw. Hilfe zur Erziehung in sonstigen betreuten Wohnformen sowie für ambulante Hilfen sind nach den Regelung der §§ 78 a – 78 f <b>SGB VIII</b> Entgeltvereinbarungen mit den Hilfeanbietern zu treffen.</p> <p>Darüber hinaus können gem. § 39 SGB VIII im pflichtgemäßen Ermessen des öffentlichen Jugendhilfeträgers Beihilfen oder Zuschüsse erbracht werden, die für die Stadt Arnsberg in den nachfolgenden Richtlinien verbindlich geregelt sind.</p> <p>Die Heranziehung der Kostenbeitragspflichtigen erfolgt gem. § 90 - 94 SGB VIII in Verbindung mit der dazu erlassenen Kostenbeitragsverordnung des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend vom 1. Oktober 2005 <b>und der Änderungsverordnung zur Kostenbeitragsverordnung vom 05.12.2013 sowie dem Gesetz zur Verwaltungsvereinfachung in der Kinder- und Jugendhilfe (KJVVG) vom 03.12.2013.</b></p>
<p><b>I. Wirtschaftliche Jugendhilfe in Vollzeitpflegeverhältnissen nach §§ 33, 39 u. 41 SGB VIII</b></p> <p><b><u>Grundleistung</u></b></p> <p><b>Unterhalt</b> Unterhalt beinhaltet alle Leistungen des täglichen Lebensbedarfs, wie Wohnen, Essen, Kleidung, Bildung usw.</p> <p><b>Kosten der Erziehung</b> Mit Kosten der Erziehung soll das Engagement der</p>	<p><b>I. Wirtschaftliche Jugendhilfe in Vollzeitpflegeverhältnissen nach §§ 33, 39 u. 41 SGB VIII</b></p> <p><b><u>Grundleistung</u></b></p> <p><b>Unterhalt</b> Unterhalt beinhaltet alle Leistungen des täglichen Lebensbedarfs, wie Wohnen, Essen, Kleidung, Bildung usw.</p> <p><b>Kosten der Erziehung</b> Mit Kosten der Erziehung soll das Engagement der Pflegeeltern für die ihnen anvertrauten Kinder hono-</p>



Pflegeeltern für die ihnen anvertrauten Kinder honoriert werden.

Es wird stets der durch das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW fortgeschriebene, monatliche Pauschalbetrag im Voraus ausgezahlt.

Leben Pflegekinder in Vollzeitpflege bei einer geeigneten unterhaltspflichtigen Person (z. B. Großeltern), wird das Pflegegeld um die Kosten der Erziehung gemindert. In besonders begründeten Einzelfällen kann das Pflegegeld in voller Höhe gezahlt werden.

Wenn ein Pflegekind während seines Aufenthalts in einer Pflegefamilie selbst Mutter geworden ist, wird der notwendige Unterhalt dieses Kindes in Höhe des altersentsprechenden Regelsatzes nach § 20 SGB II sichergestellt.

#### **Besondere Leistungen**

Alle Beihilfen und Zuschüsse setzen stets einen tatsächlichen Bedarf des Hilfeempfängers voraus, soweit nicht gesetzlich ein solcher Bedarf vermutet wird.

#### **Kosten während der Anbahnungsphase/Vermittlung**

##### **Fahrtkosten**

Fahrtkosten werden im Einzelfall nach Aushandlung zwischen Bewerbern und Fachkraft des Pflegekinderdienstes (PKD) nur für Fahrten außerhalb Arnbergs übernommen.

Es gelten die Regelungen des Landesreisekostengesetzes.

#### **Erstausstattung für Mobiliar und/oder Bekleidung**

Nach Feststellung der Notwendigkeit durch die Fachkraft des Pflegekinderdienstes (PKD) können für Mobiliar bis zu 610,00 € und für Bekleidung bis zu 410,00 € einmalig gezahlt werden.

#### **Beihilfen aus persönlichen Anlässen**

##### Taufe

Zur Taufe eines Pflegekindes wird eine Beihilfe

riert werden.

Es wird stets der durch das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW fortgeschriebene, monatliche Pauschalbetrag im Voraus ausgezahlt.

~~**Leben Pflegekinder in Vollzeitpflege bei einer geeigneten unterhaltspflichtigen Person (z. B. Großeltern), wird das Pflegegeld um die Kosten der Erziehung gemindert. In besonders begründeten Einzelfällen kann das Pflegegeld in voller Höhe gezahlt werden.**~~

Wenn ein Pflegekind während seines Aufenthalts in einer Pflegefamilie selbst Mutter geworden ist, wird der notwendige Unterhalt dieses Kindes in Höhe des altersentsprechenden Regelsatzes nach § 20 SGB II sichergestellt.

#### **Besondere Leistungen**

Alle Beihilfen und Zuschüsse setzen stets einen tatsächlichen Bedarf voraus, soweit nicht gesetzlich ein solcher Bedarf vermutet wird.

#### **Kosten während der Anbahnungsphase/Vermittlung**

##### **Fahrtkosten**

Fahrtkosten werden im Einzelfall in Abstimmung zwischen Bewerbern und Fachkraft des Pflegekinderdienstes (PKD) nur für Fahrten außerhalb Arnbergs übernommen.

Es gelten die Regelungen des Landesreisekostengesetzes.

#### **Erstausstattung für Mobiliar und/oder Bekleidung**

Nach Feststellung der Notwendigkeit durch die Fachkraft des Pflegekinderdienstes (PKD) können für Mobiliar bis zu **600,00 €** und für Bekleidung bis zu **400,00 €** einmalig gezahlt werden.

#### **Beihilfen aus persönlichen Anlässen**

##### Taufe

Zur Taufe eines Pflegekindes wird eine Beihilfe

in Höhe von 70,00 € gewährt.

Erforderliche Unterlagen

Bescheinigung der Kirchengemeinde

Frist

Spätestens drei Monate nach Eintritt des Ereignisses

Kommunion/Konfirmation

Zur Kommunion bzw. Konfirmation eines Pflegekin-des wird eine Beihilfe in Höhe von 180,00 € gezahlt.

Erforderliche Unterlagen

Bescheinigung der Kirchengemeinde

Frist

Der Nachweis ist bis spätestens drei Monate nach diesem Ereignis zu erbringen.

Urlaubsbeihilfe

Ab dem 01. 01. 2000 wird eine Urlaubsbeihilfe in Höhe von 180,00 € für jedes Pflegekind als antrag-lose Pauschalbeihilfe ausgezahlt. Die Zahlung erfolgt jeweils zusammen mit dem Pflegegeld für den Monat Juli bzw. August (je nach Ferienregelung).

Weihnachtsbeihilfe

Die Weihnachtsbeihilfe wird in Höhe von 50,00 € zusammen mit dem Dezemberpflegegeld, ohne weiteren Antrag, ausgezahlt.

Ausnahmen:

Für Pflegekinder, die im Rahmen eines Ausbildungsvertrags eine Weihnachtsbeihilfe zur Ausbildungsvergütung erhalten, wird keine Beihilfe gezahlt.

Elternbeitrag für den Besuch einer Tageseinrichtung für Kinder

Für Pflegekinder werden die Elternbeiträge in voller Höhe durch die wirtschaftliche Jugendhilfe übernommen.

Der Nachweis ist bis spätestens drei Monate nach Beginn des Kindergartenbesuchs zu führen.

Krankenhilfe

Gesetzlich krankenversicherte Pflegeeltern haben Anspruch auf beitragsfreie Familienversicherung ihres Pflegekin-des.

in Höhe von 70,00 € gewährt.

Erforderliche Unterlagen

Bescheinigung der Kirchengemeinde.

Frist

Spätestens drei Monate nach Eintritt des Ereignisses

Kommunion/Konfirmation

Zur Kommunion bzw. Konfirmation eines Pflegekin-des wird eine Beihilfe in Höhe von **200,00 €** gezahlt.

Erforderliche Unterlagen

Bescheinigung der Kirchengemeinde

Frist

Der Nachweis ist bis spätestens drei Monate nach diesem Ereignis zu erbringen.

Urlaubsbeihilfe

~~Ab dem 01. 01. 2000 wird~~ Eine Urlaubsbeihilfe wird in Höhe von **250,00 € jährlich** für jedes Pflegekind als antraglose Pauschalbeihilfe ausgezahlt. Die Zahlung erfolgt jeweils zusammen mit dem Pflegegeld für den Monat Juli bzw. August (je nach Ferienregelung).

Weihnachtsbeihilfe

Die Weihnachtsbeihilfe wird in Höhe von **60,00 €** zusammen mit dem Dezemberpflegegeld, ohne weiteren Antrag, ausgezahlt.

Ausnahmen:

Für Pflegekinder, die im Rahmen eines Ausbildungsvertrags eine Weihnachtsbeihilfe zur Ausbildungsvergütung erhalten, wird keine Beihilfe gezahlt.

Elternbeitrag für den Besuch einer Tageseinrichtung für Kinder

Für Pflegekinder werden die Elternbeiträge in voller Höhe durch die wirtschaftliche Jugendhilfe übernommen.

Der Nachweis ist bis spätestens drei Monate nach Beginn **des Besuches der Tageseinrichtung zu erbrin-gen.**

Krankenhilfe

Gesetzlich krankenversicherte Pflegeeltern haben Anspruch auf beitragsfreie Familienversicherung ihres Pflegekin-des.



Pflegeeltern, die nur die Möglichkeit haben, ihr Pflegekind privat krankenversichert zu bekommen, erhalten den auf das Pflegekind entfallenden Beitragsanteil auf Antrag übernommen.

Der Antrag ist spätestens innerhalb von drei Monaten nach Beginn der privaten Krankenversicherung des Pflegekindes zu stellen.

#### Zahnarztkosten

Kosten für zahnärztliche Behandlung sind im Regelfall durch die jeweils bestehende Krankenversicherung abgedeckt.

Es erfolgt grundsätzlich keine über die Regelleistung der jeweiligen Krankenkasse hinausgehende Kostenerstattung für Sonderleistungen.

In begründeten Einzelfällen werden auf vorherigen Antrag medizinisch notwendige Zuzahlungen übernommen.

#### Kieferorthopädische Behandlung

Auf Antrag der Pflegeeltern wird der Eigenanteil durch die wirtschaftliche Jugendhilfe übernommen, sofern die Notwendigkeit einer solchen Behandlung von der zuständigen Krankenkasse bestätigt wurde.

Der Antrag ist spätestens drei Monate nach Beginn der Behandlung zu stellen.

#### Zuschüsse zu Hilfsmitteln

Zuschüsse zu Hilfsmitteln (z. B. Brillen) sind begrenzt auf jährlich max. 100,00 €.

#### Weitere Versicherungen

##### Private Haftpflichtversicherung

Pflegekinder sind in der privaten Haftpflichtversicherung der Pflegeeltern mitversichert. Ein zusätzlicher Kostenbeitrag wird seitens der Haftpflichtversicherer nicht verlangt.

Die Stadt Arnsberg hat eine Sammelhaftpflichtversicherung abgeschlossen, die Schäden im Verhältnis zwischen Pflegekind und Pflegeeltern reguliert.

##### Unfallversicherung und Alterssicherung der

Pflegeeltern, die nur die Möglichkeit haben, ihr Pflegekind privat krankenversichert zu bekommen, erhalten den auf das Pflegekind entfallenden Beitragsanteil auf Antrag übernommen.

Der Antrag ist spätestens innerhalb von drei Monaten nach Beginn der privaten Krankenversicherung des Pflegekindes zu stellen.

#### ZahnArztkosten

Kosten für **ärztliche Behandlungen** sind im Regelfall durch die jeweils bestehende Krankenversicherung abgedeckt.

Es erfolgt grundsätzlich keine über die Regelleistung der jeweiligen Krankenkasse hinausgehende Kostenerstattung für Sonderleistungen.

In begründeten Einzelfällen werden auf vorherigen Antrag medizinisch notwendige Zuzahlungen übernommen.

#### Kieferorthopädische Behandlung

Auf Antrag der Pflegeeltern wird der Eigenanteil durch die wirtschaftliche Jugendhilfe übernommen, sofern die Notwendigkeit einer solchen Behandlung von der zuständigen Krankenkasse bestätigt wurde.

Der Antrag ist spätestens drei Monate nach Beginn der Behandlung zu stellen.

#### Zuschüsse zu Hilfsmitteln

Zuschüsse zu Hilfsmitteln (z. B. Brillen) sind **auf jährlich** max. 100,00 € **pro Hilfsmittel** begrenzt. **Dem Antrag ist ein Nachweis über die tatsächliche Anschaffung des Hilfsmittels beizufügen.**

**Die Antragstellung muss bis spätestens drei Monate nach Anschaffung erfolgen.**

#### Weitere Versicherungen

##### Private Haftpflichtversicherung

Pflegekinder sind in der privaten Haftpflichtversicherung der Pflegeeltern mitversichert. Ein zusätzlicher Kostenbeitrag wird seitens der Haftpflichtversicherer nicht verlangt.

Die Stadt Arnsberg hat eine Sammelhaftpflichtversicherung abgeschlossen, die Schäden im Verhältnis zwischen Pflegekind und Pflegeeltern reguliert.

##### Unfallversicherung und Alterssicherung der

<p><u>Pflege-person</u> Nach der gesetzlichen Regelung umfassen die laufen-den monatlichen Leistungen des Pflegegelds auch die</p> <p>Erstattung nachgewiesener Aufwendungen für Beiträge zu einer Unfallversicherung sowie die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung.</p> <p>Der Altersvorsorgevertrag muss für die Alterssicherung geeignet sein (Altersvorsorgezertifizierungsgesetz).</p> <p>Zur Unfallversicherung wird der Pflegeperson ein nachgewiesener Jahresbeitrag bis zur Höhe desmaß-geblichen Satzes der zuständigen Berufsgenossen-schaft von derzeit 79,00 € gezahlt.</p> <p>Der Pflegeperson wird auf Antrag der nachgewiesene Beitrag für eine angemessene Alterssicherung zur Hälfte, jedoch bis zu einer maximalen Höhe von 39,00 € pro Monat erstattet.</p> <p>Der Anspruch besteht unabhängig von der Anzahl der betreuten Pflegekinder nur einmal pro Pflegeperson.</p> <p><b><u>Beihilfen/Zuschüsse im Zusammenhang mit dem Schulbesuch</u></b></p> <p><u>Einschulung</u> Zur Einschulung wird eine pauschale Beihilfe in Höhe von 70,00 € bereitgestellt.</p> <p>Als Nachweis ist eine Kopie der Schulanmeldung spätestens innerhalb von drei Monaten nach Einschulung einzureichen.</p> <p><u>Klassenfahrten</u> Kosten für Klassenfahrten werden bis zu 250,00 € pro Jahr übernommen.</p> <p>Als Nachweis ist die Bescheinigung der Schule spätestens innerhalb von drei Monaten nach Beendigung der Klassenfahrt vorzulegen.</p> <p><b><u>Beihilfe zur Gründung eines eigenen Hausstandes</u></b></p> <p>Es kann eine einmalige Beihilfe von bis zu</p>	<p><u>Pflege-person</u> Nach der gesetzlichen Regelung umfassen die laufen-den monatlichen Leistungen des Pflegegelds auch die</p> <p>Erstattung nachgewiesener Aufwendungen für Beiträge zu einer Unfallversicherung sowie die hälftige Erstattung nachgewiesener Aufwendungen zu einer angemessenen Alterssicherung.</p> <p>Der Altersvorsorgevertrag muss für die Alterssicherung geeignet sein (Altersvorsorgezertifizierungsgesetz).</p> <p><b><i>Nachgewiesene Aufwendungen zu einer Unfallver-sicherung der Pflegeperson werden auf Antrag max. in Höhe des jeweiligen Mindestjahresbeitrages zur gesetzlichen Unfallversicherung der Berufsgenossen-schaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW) erstattet.</i></b></p> <p><b><i>Nachgewiesene Aufwendungen der Pflegeperson zu einer angemessenen Alterssicherung werden auf Antrag zur Hälfte erstattet. Als angemessen gilt in der Regel der niedrigste monatliche Beitrag in der gesetzlichen Rentenversicherung.</i></b></p> <p>Der Anspruch besteht unabhängig von der Anzahl der betreuten Pflegekinder nur einmal pro Pflegeperson.</p> <p><b><u>Beihilfen/Zuschüsse im Zusammenhang mit dem Schulbesuch</u></b></p> <p><u>Einschulung</u> Zur Einschulung wird eine pauschale Beihilfe in Höhe von <b>100,00 €</b> bereitgestellt.</p> <p>Als Nachweis ist eine Kopie der Schulanmeldung spätestens innerhalb von drei Monaten nach Einschulung einzureichen.</p> <p><u>Klassenfahrten</u> Kosten für Klassenfahrten werden in tatsächlicher Höhe übernommen.</p> <p>Als Nachweis ist die Bescheinigung der Schule spätestens innerhalb von drei Monaten nach Beendigung der Klassenfahrt vorzulegen.</p> <p><b><u>Beihilfe zur Gründung eines eigenen Hausstandes</u></b></p> <p><b><i>Es kann eine einmalige Beihilfe von bis zu</i></b></p>
--	--



510,00 € auf Antrag gezahlt werden. In begründeten Ausnahmefällen kann auf Antrag und entsprechender Stellungnahme der zuständigen Fachkraft eine höhere Beihilfe gewährt werden.

Der Höchstbetrag in diesen Fällen darf 1.000,00 € nicht übersteigen.

**(nicht aufgeführt)**

#### **Weitere Leistungen**

Weitere Leistungen können je nach individueller Situation notwendig werden, z.B.:

- ◆ Hilfestellung bei Erledigung der Hausaufgaben
- ◆ Nachhilfe
- ◆ weitere Hilfen zur Erziehung
- ◆ therapeutische Hilfen

Grundlage für die Entscheidung ist die Feststellung des konkreten Bedarfs in der individuellen Einzelsituation im Rahmen der Hilfeplanung.

Beteiligt ist in jedem Fall die Fachkraft des PKD. Je nach Einzelsituation ist im Rahmen ihrer Aufgabenstellung die Fachkraft der Bezirkssozialarbeit beteiligt. Die Gewährung erfolgt stets für einen befristeten Zeitraum

#### **Sonderformen Kurzzeit-, Bereitschafts- und Adoptionspflege**

Bei sogenannter **Kurzzeitpflege** wird für die ersten drei Monate seit Beginn dieses Pflegeverhältnisses das Pflegegeld nebst eines 30 %-igen Zuschlags der jeweiligen Altersstufe gezahlt.

**1.200,00 € auf Antrag gezahlt werden. Nachweise über die zweckentsprechende Verwendung der Beihilfe sind bis spätestens drei Monate nach Antragstellung vorzulegen.**

~~Der Höchstbetrag in diesen Fällen darf 1.000,00 € nicht übersteigen.~~

**Die bei Bezug einer eigenen Wohnung zu zahlende Mietkaution kann im Einzelfall in Form eines Darlehens gewährt werden. Das Darlehen ist zu einem angemessenen Zeitpunkt in monatlichen zumutbaren Raten zinsfrei zu tilgen.**

**Die Auszahlung des Darlehens erfolgt an den jeweiligen Vermieter.**

#### **Führerscheinerwerb**

**Ein Führerscheinerwerb kann individuell nur in Ausnahmefällen nach Ausschöpfung sämtlicher weiterer Finanzierungsmöglichkeiten bezuschusst werden. Es muss ein enger beruflicher bzw. ausbildungsbedingter Zusammenhang nachgewiesen werden.**

#### **Weitere Leistungen**

Weitere Leistungen können je nach individueller Situation notwendig werden, z.B.:

- ◆ Hilfestellung bei Erledigung der Hausaufgaben
- ◆ Nachhilfe
- ◆ weitere Hilfen **zur Erziehung**
- ◆ therapeutische Hilfen

Grundlage für die Entscheidung ist die Feststellung des konkreten Bedarfs in der individuellen Einzelsituation im Rahmen der Hilfeplanung.

Beteiligt ist in jedem Fall die Fachkraft des PKD. Je nach Einzelsituation ist im Rahmen ihrer Aufgabenstellung die Fachkraft der Bezirkssozialarbeit beteiligt. Die Gewährung erfolgt stets für einen befristeten Zeitraum.

#### **Sonderformen Versorgung in Notsituationen, Bereitschafts- und Adoptionspflege**

**Bei sogenannter Versorgung in Notsituationen wird für die ersten drei Monate seit Beginn dieses Pflegeverhältnisses das Pflegegeld nebst eines 30 %-igen Zuschlags der jeweiligen Altersstufe gezahlt.**

Die Ausgestaltung der **Bereitschaftspflege**-verhältnisse ist abschließend im Vertrag mit dem Verein für Kinder- und Jugendhilfe e. V. , Arnsberg, vom 24.11.2003 und in der aktuellen Fassung vom

03.12.2005 geregelt.

**Adoptionspflege** (§ 1744 BGB) ist nicht als Vollzeit-pflege im Sinne des § 33 KJHG anzusehen, sondern als eine der Vorbereitung der Annahme als Kind dienende Probezeit.

Dementsprechend werden für die Adoptionspflege auch keinerlei Leistungen zum Unterhalt des Kindes oder Jugendlichen gezahlt.

Lebte das Kind oder der Jugendliche bereits vorher als Pflegekind bei den annehmenden Personen, so werden Leistungen zum Unterhalt bis zum Ende des Monats, in dem die wirksame Einwilligung der Eltern in die Adoption vorliegt, gezahlt.

Entsprechend wird verfahren, wenn eine rechtswirksame Ersetzung der Einwilligung vorliegt.

**Pflegestelle für besonders entwicklungsbeeinträchtigte Kinder/Jugendliche**

Für entwicklungsbeeinträchtigte Kinder/Jugendliche, die besondere erzieherische Anforderungen an die Pflegeperson stellen, können die Kosten der Erziehung angemessen angehoben werden.

Sie sollen in diesen Fällen das Doppelte des Betrags für Kosten der Erziehung nicht übersteigen.

Dieser Zuschlag wird regelmäßig befristet gewährt und erfährt ständige Überprüfung im Hilfeplanverfahren.

Die Ausgestaltung der **Bereitschaftspflege**-verhältnisse ist abschließend im Vertrag mit dem Verein für Kinder- und Jugendhilfe e. V., Arnsberg, vom 24.11.2003 und **in der aktuellen Fassung vom**

**24.08.2009** geregelt.

**Adoptionspflege** (§ 1744 BGB) ist nicht als Vollzeit-pflege im Sinne des § 33 KJHG anzusehen, sondern als eine der Vorbereitung der Annahme als Kind dienende Probezeit.

Dementsprechend werden für die Adoptionspflege auch keinerlei Leistungen zum Unterhalt des Kindes oder Jugendlichen gezahlt.

Lebte das Kind oder der Jugendliche bereits vorher als Pflegekind bei den annehmenden Personen, so werden Leistungen zum Unterhalt bis zum Ende des Monats, in dem die wirksame Einwilligung der Eltern in die Adoption vorliegt, gezahlt.

Entsprechend wird verfahren, wenn eine rechtswirksame Ersetzung der Einwilligung vorliegt.

**Pflegestelle für besonders entwicklungsbeeinträchtigte Kinder/Jugendliche**

Für entwicklungsbeeinträchtigte Kinder/Jugendliche, die besondere erzieherische Anforderungen an die Pflegeperson stellen, können die Kosten der Erziehung angemessen angehoben werden.

Sie sollen in diesen Fällen das Doppelte des Betrags für Kosten der Erziehung nicht übersteigen.

Dieser Zuschlag wird regelmäßig befristet gewährt und erfährt ständige Überprüfung im Hilfeplanverfahren.

**II. Wirtschaftliche Jugendhilfe in stationären Hilfe-fällen und sonstigen betreuten Wohnformen nach §§ 34, 35, 35a und 41 KJHG (§§ 13, 19 KJHG)**

**Einrichtungskosten und Lebensunterhalt**

Die Einrichtungskosten werden durch Zahlung der vereinbarten Entgelte (§§ 78a - 78e KJHG) übernommen. Neben dem Entgelt wird der nach Alter gestaffelte Barbetrag

**II. Wirtschaftliche Jugendhilfe in stationären Hilfe-fällen und sonstigen betreuten Wohnformen nach §§ 34, 35, 35a und 41 KJHG (§§ 13, 19 KJHG)**

**Einrichtungskosten und Lebensunterhalt**

Die Einrichtungskosten werden durch Zahlung der vereinbarten Entgelte (§§ 78a - 78e **SGB VIII**) übernommen. Neben dem Entgelt wird der nach Alter gestaffelte Barbetrag (Ta-



(Taschengeld) entsprechend der Festsetzung durch das Landesjugendamt gezahlt.

Bekleidungs-pauschalen werden ebenfalls entsprechend der Festsetzung durch das Landesjugendamt übernommen.

Der Einrichtung ist jeweils eine Kostenzusage zu erteilen.

Mit dem Entgelt sind alle Regelleistungen der Einrichtung abgedeckt.

Soweit keine Entgeltvereinbarung mit einer Einrichtung besteht, ist nach Maßgabe des Hilfeplans eine Einzelvereinbarung zu treffen und auf Abschluss einer Entgeltvereinbarung hinzuwirken.

#### **Zusatzleistungen**

Der Bedarf für Zusatzleistungen ist jeweils im Hilfeplanverfahren festzustellen. Bei Notwendigkeit erfolgt die Kostenübernahme für einen begrenzten Zeitraum. Die fortlaufende Überprüfung erfolgt im Hilfeplanverfahren.

Als Zusatzleistungen kommen beispielsweise in Betracht:

- ◆ Einsatz von Psychologen
- ◆ Nachhilfe
- ◆ Sonstige Leistungen, die Mehraufwand erfordern (gesundheitliche Beeinträchtigungen)
- ◆ Besondere Aufwendungen im Übergang Schule/Beruf in begründeten Ausnahmefällen

#### **Fahrtkosten zur Schule**

Fahrtkosten zur Schule werden nur übernommen nach einer entsprechenden Entscheidung im Hilfeplanverfahren und sofern kein vorrangiger Träger vorhanden ist.

#### **Beurlaubung in den elterlichen Haushalt**

Werden Leistungen über Tag und Nacht erbracht und hält sich der junge Mensch nicht nur im Rahmen von Umgangskontakten bei einem Kostenbeitragspflichti-

gen auf, so ist die tatsächliche Betreuungsleistung über Tag und Nacht auf den Kostenbeitrag anzurechnen.

In diesem Sinne sind alle üblichen Wochenendaufenthalte von untergebrachten jungen Menschen nicht auf den Kostenbeitrag anzurechnen, da es sich um Umgangskontakte handelt.

Ferienaufenthalte sind ab einer Woche ununterbrochenen Aufenthalts im Haushalt

schengeld) entsprechend der Festsetzung durch das Landesjugendamt gezahlt.

Bekleidungs-pauschalen werden ebenfalls entsprechend der Festsetzung durch das Landesjugendamt übernommen.

Der Einrichtung ist jeweils eine Kostenzusage zu erteilen.

Mit dem Entgelt sind alle Regelleistungen der Einrichtung abgedeckt.

Soweit keine Entgeltvereinbarung mit einer Einrichtung besteht, ist nach Maßgabe des Hilfeplans eine Einzelvereinbarung zu treffen und auf Abschluss einer Entgeltvereinbarung hinzuwirken.

#### **Weitere Leistungen**

Der Bedarf für Zusatzleistungen ist jeweils im Hilfeplanverfahren festzustellen. Bei Notwendigkeit erfolgt die Kostenübernahme für einen begrenzten Zeitraum. Die fortlaufende Überprüfung erfolgt im Hilfeplanverfahren.

Als Zusatzleistungen kommen beispielsweise in Betracht:

- ◆ Einsatz von Psychologen
- ◆ Nachhilfe
- ◆ Sonstige Leistungen, die Mehraufwand erfordern (gesundheitliche Beeinträchtigungen)
- ◆ Besondere Aufwendungen im Übergang Schule/Beruf in begründeten Ausnahmefällen

#### **Fahrtkosten zur Schule**

Fahrtkosten zur Schule werden nur nach einer entsprechenden Entscheidung im Hilfeplanverfahren übernommen und sofern kein vorrangiger Träger vorhanden ist.

#### **Beurlaubung in den elterlichen Haushalt**

Werden Leistungen über Tag und Nacht erbracht und hält sich der junge Mensch nicht nur im Rahmen von Umgangskontakten bei einem Kostenbeitragspflichti-

gen auf, so ist die tatsächliche Betreuungsleistung über Tag und Nacht auf den Kostenbeitrag anzurechnen.

In diesem Sinne sind alle üblichen Wochenendaufenthalte von untergebrachten jungen Menschen nicht auf den Kostenbeitrag anzurechnen, da es sich um Umgangskontakte handelt.

Ferienaufenthalte sind ab einer Woche ununterbrochenen Aufenthalts im Haushalt der kostenbeitragspflichtigen Person zu be-



der kostenbei-tragspflichtigen Person zu berücksichtigen.

Erstattung von anteiligem Lebensunterhalt für Aufenthalte junger Menschen in Haushalten nicht kostenbei-tragszahlender Personen kann nur in besonderen Ausnahmefällen, insbesondere im Rahmen der Hilfeplanung, erfolgen.

In der Regel erfolgen solche Zahlungen bei Aufenthalten ab einer Woche ununterbrochener Dauer.

Notwendige Anträge sind rechtzeitig vor Beurlaubung des jungen Menschen zu stellen.

### **Beihilfen**

#### **Bekleidung**

Die Ausstattung mit bedarfsgerechter Bekleidung kann bei erstmaliger Unterbringung mit bis zu 400,00 € bezuschusst werden. Die Notwendigkeit ist durch die zuständige Fachkraft zu überprüfen und zu bestätigen.

#### **Bekleidungsergänzung**

Die laufende Bekleidungsergänzung wird grundsätzlich durch die neben dem Entgelt zu zahlende Bekleidungs pauschale sichergestellt.

In besonderen Fällen, z.B. Schwangerschaft, gravierenden körperlichen Veränderungen (Wachstumsschübe, Fett-/Magersucht u.ä.) erfolgt ein einmaliger Zuschuss mit bis zu 200,00 € Bekleidung aus besonderen Anlässen (z.B. Krankenhausbehandlung, Trauerbekleidung, etc.) wird nach Feststellung der Notwendigkeit durch die zuständige

Fachkraft in Absprache mit der wirtschaftlichen Jugendhilfe bezuschusst.

Bei Berufs-/Ausbildungsbeginn kann die notwendige Berufsbekleidung nach tatsächlichem Bedarf bezuschusst werden, sofern diese Kleidung nicht vom Arbeitgeber/Ausbildungsbetrieb gestellt wird.

### **Ferienmaßnahmen**

Einrichtungsinterne Ferienmaßnahmen sind im Entgelt enthalten.

Bei Teilnahme an einrichtungsexternen Maßnahmen ist nach Überprüfung und Bestätigung durch die zuständige Fachkraft die Kostenübernahme zu gewährleisten.

Die Einrichtung stellt für diesen Zeitraum nur das sogen. Bettengeld in Rechnung.

#### **Klassenfahrten**

Kosten für Klassenfahrten für Heimbewohner/innen werden bis zu 250,00 € /Jahr auf vorherigen Antrag der Einrichtung übernommen. Als Nachweis ist eine Bescheinigung der Schule vorzulegen.

rücksichtigen.

Erstattung von anteiligem Lebensunterhalt für Aufenthalte junger Menschen in Haushalten nicht kostenbei-tragszahlender Personen kann nur in besonderen Ausnahmefällen, insbesondere im Rahmen der Hilfeplanung, erfolgen.

In der Regel erfolgen solche Zahlungen bei Aufenthalten ab einer Woche ununterbrochener Dauer.

Notwendige Anträge sind rechtzeitig vor Beurlaubung des jungen Menschen zu stellen.

### **Beihilfen**

#### **Erstausrüstung für Bekleidung**

Die Ausstattung mit bedarfsgerechter Bekleidung kann bei erstmaliger Unterbringung mit bis zu 400,00 € bezuschusst werden. Die Notwendigkeit ist durch die zuständige Fachkraft zu überprüfen und zu bestätigen.

#### **Bekleidungs ergänzung**

Die laufende Bekleidungs ergänzung wird grundsätzlich durch die neben dem Entgelt zu zahlende Bekleidungs pauschale sichergestellt.

In besonderen Fällen, z.B. Schwangerschaft, gravierenden körperlichen Veränderungen (Wachstumsschübe, Fett-/Magersucht u.ä.) erfolgt ein einmaliger Zuschuss mit bis zu 200,00 €. Bekleidung aus besonderen Anlässen (z.B. Krankenhausbehandlung, Trauerbekleidung, etc.) wird nach Feststellung der Notwendigkeit durch die zuständige

Fachkraft und in Absprache mit der wirtschaftlichen Jugendhilfe bezuschusst.

Bei Berufs-/Ausbildungsbeginn kann die notwendige Berufsbekleidung nach tatsächlichem Bedarf bezuschusst werden, sofern diese Kleidung nicht vom Arbeitgeber/Ausbildungsbetrieb gestellt wird.

### **Ferienmaßnahmen**

Einrichtungsinterne Ferienmaßnahmen sind im Entgelt enthalten.

Bei Teilnahme an einrichtungsexternen Maßnahmen ist nach Überprüfung und Bestätigung durch die zuständige Fachkraft die Kostenübernahme zu gewährleisten.

Die Einrichtung stellt für diesen Zeitraum nur das sogen. Bettengeld in Rechnung.

#### **Klassenfahrten**

***Kosten für Klassenfahrten für Heimbewohner/innen werden in tatsächlicher Höhe auf vorherigen Antrag der Einrichtung übernommen.***

***Als Nachweis ist die Bescheinigung der Schule spätestens innerhalb von drei Monaten nach Beendi-***



### **Beihilfen zu persönlichen Anlässen**

#### Taufe

Zur Taufe eines Heimkindes kann ein Betrag von bis zu 70,00 € auf Antrag der Einrichtung zur Verfügung gestellt werden.

Die Bescheinigung der Kirchengemeinde ist einzu-reichen.

#### Einschulung

Zur Einschulung werden auf Antrag der Einrichtung 70,00 € gezahlt.

#### Kommunion/Konfirmation

Auf Antrag der Einrichtung mit entsprechender Bescheinigung der Kirche werden zur Kommunion/Konfirmation 180,00 € gezahlt.

#### Weihnachtsbeihilfe

Die Weihnachtsbeihilfe beträgt 50,00 €. Die Zahlung erfolgt im Monat Dezember eines jeden Jahres.

Sofern Weihnachtsgeld über eine Ausbildungsvergütung bzw. Arbeitsverhältnis bezogen wird, entfällt diese Weihnachtsbeihilfe.

### **Einrichtungsbeihilfe zur Gründung eines eigenen Hausstandes**

Bei Heimentlassung und Bezug einer eigenen Wohnung kann eine einmalige Einrichtungsbeihilfe von bis zu 510,00 € gewährt werden. In begründeten Ausnahmefällen kann auf Antrag und entsprechender Stellungnahme der Zuständigen Fachkraft eine höhere Beihilfe gewährt werden.

Der Höchstbetrag in diesen Fällen darf 1.000,00 € nicht übersteigen.

*gung der Klassenfahrt vorzulegen.*

### **Beihilfen zu persönlichen Anlässen**

#### Taufe

Zur Taufe eines Heimkindes kann ein Betrag von 70,00 € auf Antrag der Einrichtung zur Verfügung gestellt werden.

#### **Erforderliche Unterlagen**

**Bescheinigung der Kirchengemeinde.**

#### **Frist**

***Der Nachweis ist bis spätestens drei Monate nach diesem Ereignis zu erbringen.***

#### Einschulung

Zur Einschulung wird eine pauschale Beihilfe in Höhe von **100,00 €** bereitgestellt.

Als Nachweis ist eine Kopie der Schulanmeldung spätestens innerhalb von drei Monaten nach Einschulung einzureichen.

#### Kommunion/Konfirmation

***Zur Kommunion/Konfirmation kann ein Betrag von 200,00 € auf Antrag der Einrichtung zur Verfügung gestellt werden.***

#### **Erforderliche Unterlagen**

**Bescheinigung der Kirchengemeinde.**

#### **Frist**

***Der Nachweis ist bis spätestens drei Monate nach diesem Ereignis zu erbringen.***

#### Weihnachtsbeihilfe

Die Weihnachtsbeihilfe beträgt **60,00 €**. Die Zahlung erfolgt im Monat Dezember eines jeden Jahres.

Sofern Weihnachtsgeld über eine Ausbildungsvergütung bzw. über ein Arbeitsverhältnis bezogen wird, entfällt diese Weihnachtsbeihilfe.

### **Einrichtungsbeihilfe zur Gründung eines eigenen Hausstandes**

Bei Heimentlassung und Bezug einer eigenen Wohnung kann **auf Antrag** eine einmalige Einrichtungsbeihilfe von bis zu **1.200,00 €** gewährt werden.

~~***In begründeten Ausnahmefällen kann auf Antrag und entsprechender Stellungnahme der Zuständigen Fachkraft eine höhere Beihilfe gewährt werden.***~~

~~***Der Höchstbetrag in diesen Fällen darf 1.000,00 € nicht übersteigen.***~~

~~***Die bei Bezug einer eigenen Wohnung zu zahlende Mietkaution kann im Einzelfall in Form eines***~~

~~***Darlehens gewährt werden. Das Darlehen ist***~~



### Führerscheinerwerb

Ein Führerscheinerwerb kann individuell nur in Ausnahmefällen nach Ausschöpfung sämtlicher weiterer Finanzierungsmöglichkeiten bezuschusst werden. Es muss ein enger beruflicher bzw. ausbildungsbedingter Zusammenhang bestehen (z.B. Auszubildender im Kfz-Handwerk).

Vorstehende Auflistung ist nicht abschließend und erfasst nicht alle denkbaren weiteren Leistungen und Beihilfen. Sofern weiterer Bedarf geltend gemacht wird, ist individuell im Hilfeplanverfahren zu entscheiden.

### Krankenhilfe

Sofern für den Hilfeempfänger keine Krankenversicherung besteht, ist Krankenhilfe gem. § 40 SGB VIII zu leisten.

Im Umfang hat sich diese Krankenhilfe an den Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen zu orientieren.

### Zahnarztkosten

Kosten für zahnärztliche Behandlung sind im Regelfall durch die jeweils bestehende Krankenversicherung abgedeckt.

Es erfolgt grundsätzlich keine über die Regelleistung der jeweiligen Krankenkasse hinausgehende Kosten-erstattung für Sonderleistungen.

In begründeten Einzelfällen werden auf vorherigen Antrag medizinisch notwendige Zahlungen übernommen.

### Kieferorthopädische Behandlung

Auf Antrag wird der Eigenanteil durch die wirtschaftliche Jugendhilfe übernommen, sofern die Notwendigkeit einer solchen Behandlung von der

zuständigen Krankenkasse bestätigt wurde. Der Antrag ist spätestens drei Monate nach Beginn der Behandlung zu stellen.

### Zuschüsse zu Hilfsmitteln

Zuschüsse zu Hilfsmitteln (z. B. Brillen) sind begrenzt auf jährlich max. 100,00 €.

### **ZU**

**einem angemessenen Zeitpunkt in monatlichen zumutbaren Raten zinsfrei zu tilgen.**

**Die Auszahlung des Darlehens erfolgt an den jeweiligen Vermieter.**

### Führerscheinerwerb

Ein Führerscheinerwerb kann individuell nur in Ausnahmefällen nach Ausschöpfung sämtlicher weiterer Finanzierungsmöglichkeiten bezuschusst werden. Es muss ein enger beruflicher bzw. ausbildungsbedingter **Zusammenhang bestehen (z.B. Auszubildender im Kfz-Handwerk) nachgewiesen werden.**

Vorstehende Auflistung ist nicht abschließend und erfasst nicht alle denkbaren weiteren Leistungen und Beihilfen. Sofern weiterer Bedarf geltend gemacht wird, ist individuell im Hilfeplanverfahren zu entscheiden.

### Krankenhilfe

Sofern für den Hilfeempfänger keine Krankenversicherung besteht, ist Krankenhilfe gem. § 40 SGB VIII zu leisten.

Im Umfang hat sich diese Krankenhilfe an den Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen zu orientieren.

### ZahnArztkosten

Kosten für **zahnärztliche Behandlungen** sind im Regelfall durch die jeweils bestehende Krankenversicherung abgedeckt.

Es erfolgt grundsätzlich keine über die Regelleistung der jeweiligen Krankenkasse hinausgehende Kosten-erstattung für Sonderleistungen.

In begründeten Einzelfällen werden auf vorherigen Antrag medizinisch notwendige Zahlungen übernommen.

### Kieferorthopädische Behandlung

Auf Antrag wird der Eigenanteil durch die wirtschaftliche Jugendhilfe übernommen, sofern die Notwendigkeit einer solchen Behandlung von der

zuständigen Krankenkasse bestätigt wurde. Der Antrag ist spätestens drei Monate nach Beginn der Behandlung zu stellen.

### Zuschüsse zu Hilfsmitteln

Zuschüsse zu Hilfsmitteln (z. B. Brillen) sind **auf jährlich** max. 100,00 € **pro Hilfsmittel** begrenzt. **Dem Antrag ist ein Nachweis über die tatsächliche Anschaffung des Hilfsmittels beizufügen.**

**Die Antragstellung muss bis spätestens drei Monate nach Anschaffung erfolgen.**



**Abschließende Generalklausel**

Sämtliche Leistungen nach diesen Richtlinien sind längstens für einen Zeitraum von 12 Monaten rückwirkend zu erbringen.

Werden notwendige Anträge nicht spätestens bis zum Ablauf des Kalenderjahres, in dem das jeweilige Ereignis eingetreten ist, gestellt, so kann eine Beihilfe nicht mehr gewährt werden.

**Inkrafttreten**

Diese Regelungen treten zum **01.06.2006** in Kraft und ersetzen die bisherigen Richtlinien.

**Abschließende Generalklausel**

Sämtliche Leistungen nach diesen Richtlinien sind, **soweit nichts anderes bestimmt ist**, längstens für einen Zeitraum von 12 Monaten rückwirkend zu erbringen.

Werden notwendige Anträge nicht spätestens bis zum Ablauf des Kalenderjahres, in dem das jeweilige Ereignis eingetreten ist, gestellt, so kann eine Beihilfe nicht mehr gewährt werden.

**Inkrafttreten**

Diese Regelungen treten zum **01.04.2018** in Kraft und ersetzen die bisherigen Richtlinien.



59759 Arnsberg, 14.03.2018

  
Ralf Paul Bittner  
Bürgermeister